



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Ministerpräsident will
Funktionsfähigkeit des
Staates zeigen

Jenaer CDU sagt nicht,
ob sie für Friedrich
Merz steht

Thüringer Beamte
haben
Dusselinnendoppelpunkt



Die Graffiti sind kostenlos, nur das Überstreichen wird teuer

Immer öfter werden Häuserwände besprüht, der Ortsteilrat von Jena-West befasste sich in einer Sitzung damit, und die Lokalzeitung befasste sich mit der Sitzung des Ortsteilrates.

Es ist zu befürchten, dass die im Ortsteilrat wirklich in so einem Zeitungsdeutsch reden und denken. Dann kann das nichts werden.

Wie es sich liest, macht die Zunahme von illegalen Sprühereien an Häuserwände wütend, so habe es im Ortsteilrat geheißt; die Stadt müsse mehr Verantwortung zeigen, sei gefordert worden, denn man könne Hausbesitzer damit nicht alleine lassen, dies aber wäre ein Fass ohne Boden für die Stadt, da könne die Kommune nichts tun, habe es auf der anderen Seite geheißt.

In diesen Denkfiguren kommen Akteure gar nicht vor, ganz so, als ob die Zunahme etwas macht, nämlich wütend. Die Kommune ist die andere Seite, nicht etwa die kriminelle Gruppierung.

Mehr Überwachung, am besten über Kameras, oder mehr Bestreifung wolle man haben, solche repressiven Maßnahmen seien zur Sprache gekommen.

Die Maßnahmen kommen, und zwar zur Sprache.

Da die Wand für legale Besprühungen mögli-

cherweise wegfallt, würde dies die Probleme illegaler Sprühereien noch verstärken.

Weil es immer die Kriminalisierungen sind, die in die Illegalität treiben.

Beklagt worden sei, dass Menschen fehlen, die Freizeitangebote machen, dies scheitere an der Finanzierung, der fehlende Träger sei der Knackpunkt.

Wenn man frühzeitig Freizeitangebote mache, sinke das Interesse an illegaler Beschäftigung und die Gefahr der Radikalisierung – das wird da wirklich geglaubt.

Die Lokalredakteurin meint, es gibt bereits starke Strukturen wie Sozialarbeit, Jugendzentren und JG Stadtmitte.

Wir sind so weit, dass Überwachungskameras und Polizeistreife

als repressive Maßnahmen gelten und JG Stadtmitte als Prävention gegen Radikalisierung.

Es wäre eine gute Idee, sich vorzustellen, dass die Besprühungen vorsätzlich begangene Straftaten von Personen sind, die sich zu einer aggressiven linken Szene verbinden. Die Bilder auf der für legale Besprühungen vorgesehenen Wand sind von unterschiedlicher Qualität, aber Kunst im verfassungsrechtlichen Sinne. Die Beschmierungen an den Häuserwänden markieren Gebietsansprüche. Hass auf Polizei und alles, was nicht linksextrem ist, übrigens aus der Szene, die von der Presse verharmlost, verniedlicht und aufgewertet wird, wo linke Gewalttätigkeit zurücktritt hinter der Gefahr, dass ein Schlagendes mit dem falschen Geschlecht versehen wird.

So gesehen, im Ergebnis und in den Endeffekten, ist ein mittlerer Artikel von Jördis Bachmann repressiver als eine Polizeistreife.

„Wenn Überwachung nötig wird, ist vorher was schiefgelaufen“ und „Präventive Maßnahmen brauchen Zeit, bis sie wirksam werden“, man wolle den Zusammenhalt stärken und gemeinsame Perspektiven entwickeln.

Für die Hausbesitzer ist das jedenfalls kein Fass ohne Boden. Es ist nicht einmal ein Fass. ●



Dank der grünen
Gesellschaftswende
müssen wir nicht mal mehr
klug tun.



Wann kommt die Flutung? 2:40 Uhr

Und zwar in der Tiefgarage unter dem Ernst-Abbe-Platz, mutmaßliche Idioten oder Menschen mit Kontakten in die Idiotenszene entkamen unerkannt, nachdem sie die Feuerwehrschräume zerschnitten und das Wasser in die Tiefgarage leiteten.

Der Betreiber rief am Morgen die Polizei, die wollte aber nicht kommen.

Unterirdische Überflutung fällt wohl unter Grundwasser.

Am Klima lag es ja nicht, außer wenn ein Zeichen gesetzt werden sollte, dass der steigende Meeresspiegel zuerst die Tiefgaragen erfasst. ●

Kein Jenaer

Angaben zufolge hat der neue Bundestag kein Mitglied aus Jena. Das schon macht den neuen Bundestag weniger abgehoben, eingebildet und dummlich.

Rückkehr

Mitteilungen zufolge soll der Dezent, der sich in die Elternzeit verabschiedet hatte, nach einem Monat zum Dienst zurückgemeldet haben. Das geht vielen Politikern so, dass sie bei Kontakt mit der realen Welt daran erinnert werden, warum sie in die Politik gegangen sind.

Warnstreik

Beschäftigte im städtischen öffentlichen Dienst nahmen an einem gewerkschaftlichen Warnstreik teil, um höhere Gehälter zu fordern mit der Begründung, dass alles teurer geworden sei. Wenn sie die höheren Preise merken, bedeutet das ja, dass sie noch bedient werden.

Bestarena

Die Fußballarena wurde zum Stadion des Jahres gewählt, bundesweit. Die Jury war be-

eindruckt davon, wie wenig heruntergekommen das Objekt ist und dass es für keine negativen Schlagzeilen bekannt wurde.

Frauentag

Zum 8. März demonstrierten Frauen jeglichen Geschlechts, um gegen Patriarchat und Kapitalismus zu protestieren. Was ihnen niemand gesagt hat: Nach der Überwindung des Kapitalismus arbeiten sie auf dem Feld, wenn sie nicht gerade mit der Aufzucht von Kindern beschäftigt sind.

Rote Bank

Oberbürgermeister und Beauftragte weihten gutgelaunt eine rote Bank gegen das ernste Thema häusliche Gewalt ein. Solange man auf der roten Bank sitzt, ist man vor häuslicher Gewalt geschützt. Hauptsächlich geht es darum, eine öffentliche Sitzgelegenheit zu schaffen, die nicht beschmiert wird. Deutlich zu betonen ist, ein erhöhtes Risiko, von häuslicher Gewalt betroffen zu sein, ist nach außen nicht erkennbar durch die Bekleidung.

66 Fälle

Die Antidiskriminierungsstelle hat 66 Fälle von Diskriminierung in den letzten achtzehn Monaten registriert. Das ist fast eine pro Woche, aber es sind ja sehr viele Wochen. Bei mehr Diskriminierungen würde die Antidiskriminierungsstelle pro Fall rentabler arbeiten, aber das will natürlich niemand. Die Dunkelziffer wird höher vermutet, viele Betroffene wenden sich mutmaßlich nicht an die Antidiskriminierungsstelle, weil ihnen peinlich ist, dass es so was gibt. Thüringenweit wurden bei der Landtagswahl die Grünen diskriminiert, aber nicht in Jena, dafür hat die Dezentin in der zweiten Runde der Oberbürgermeisterwahl die Diskriminierungserfahrung gemacht, die sie einbringen kann.





Frauen am Rande des Kaffeekochens

Manches mutet auf der TLZ-Lokalseite weitaus weniger bizarr an, als wenn wir es von da nur referieren und dann viele unserer Leser glauben, das wäre von uns oder extra für uns ausgedacht.

Feministisches Café am Fichtelplatz, beim Magdelstieg, im

vormaligen Supermarkt, für Austausch und gegenseitige Bestärkung, Bildung von nachbarschaftlichem Miteinander, vor allem ein Ort mit feministischem Focus; Frauen, Lesben, non-binäre oder Transpersonen haben die Möglichkeit, in einem sicheren Raum zusammenzusein, es gibt

Kurse für Selbstverteidigung oder Basteln, Frauen-Sprachcafé oder DDR-Frauen-Erzählcafé, Raum für die verschiedenen Realitäten der Menschen in der Nachbarschaft. Politisch sei es, denn man wolle ausbrechen aus den absurden rückschrittlichen Männlichkeitsbildern.

Selbstverteidigung und Gegenpart zu absurden rückschrittlichen Männlichkeitsbildern finden wir gut, solange damit keine rassistischen Ressentiments konnotiert sind.

Die Öffnung gegenüber Transmenschen ist auch ganz wichtig, weil gerade im feministischen Spektrum da noch manche Altsuffassungen an Menschenfeindlichkeit grenzen.

Nun wäre es an uns, bei der Stadt anzufragen, wie es mit dem Geld ist.

Aber wir haben gelernt, solche Fragen sind einschüchternd.

Wir hoffen zudem für die Betreiberinnen, dass sie einen niederschweligen Weg finden, damit umzugehen, wenn das Fördergeld hauptsächlich von Männern kommen sollte, es gibt ja einen Geschlechter-Steuerzahl-Gap. Sie fänden es bestimmt okay, denn die Männer verdienen schließlich mehr. ●

Diesen Tipp gibt es für Sie, wenn Sie überlegen, ob Sie in eine Vorstellung des Jenaer Theaterhauses gehen

Besonders, wenn Sie von auswärts zu einem Theaterbesuch anreisen würden, sollten Sie wissen, dass eine Debatte geführt wird, teilweise in der Zeitung ausgetragen, ob das Theaterhaus, das mit öffentlichen Geldern arbeitet, also irgendwie von allen mitbezahlt, sein Programm so einseitig auf ein junges Publikum ausrichten sollte.

Das ist eben so, dass man bei allem, was, sagen wir vorsichtig, sich dem Gewöhnlichen entzieht, davon ausgeht, das ist was für die Jungen.

Darum der Tipp für Sie als möglichen Theaterbesucher: Sein Sie jung! ●



Report

Die vorläufig höchste und letzte Stufe der amtlichen dekadenten Blödmachung ist erreicht



Wir haben den Zustand erreicht, dass die Hippies seriöser sind als die Beamten. Niemand ist Beamte-Dusselinnendoppelpunkt-R, man wird als Bürger schon angefeindet, wenn man nur im Freistaat Thüringen etwas mit einer Amtsperson zu tun hat. Schändersprech ist Sprechen mit Parteiabzeichen. Man wird herabgesetzt schon dadurch, dass man auf Grün angesprochen wird.

Die Grünen sind abgewählt,

aber das Grüne Reich wird von Werbetextern kontrolliert und weiter staatlich finanziert, zum Beispiel durch diese Plakatierung. Die dient nicht zur Anwerbung von parteilichem Spielermaterial in den Staatsdienst, die passiert ohnehin, die Plakatierung kostet einen Haufen Steuergeld, das jemand bekommt für Quatsch. Sanfter Aktivismus auf Staatskosten, mal nicht die Antifaschisten gegen Coronamaßnahmenkritiker.

Das Geld ist da, denn die Schulden sprudeln. Was da hätte stehen müssen: Der Dusselinnendoppelpunkt wird Ihnen präsentiert von Doktor Mario Voigt, dem Professor aus Quadriga.

Die Hippie-Eltern waren verglichen damit harmlose Zeitgenossen, dennoch müssen sie sich vorwerfen lassen, mit ihrer Gleichgültigkeit den Verfall durch neoautoritäre Staatsverwucherung vorbereitet haben. ●

Wundersame Geldvermehrung auf Kosten überholter Konstrukte

Zu keinem Zeitpunkt haben wir Olaf Scholz als den schlimmsten ruchlosesten Polit-Lump bezeichnet, und wie sich die aktuelle Lage zeigt, stehen die Aussichten für ihn bestens, dass es dabei bleibt.

Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit, wie sie sich im Rückblick zeigt. Meistens wurde die Lage falsch eingeschätzt, weil man es nicht besser wissen konnte und zu sehr damit beschäftigt war, gegen die Einschätzungsleugner vorzugehen.

So, nämlich mit *dramatisch veränderten Umständen*, begründet Friedrich Merz die nötige Verschuldung in Billionenhöhe, das sind mehr Nullen als im Kabinett.

Schon kommt „auch für Infrastruktur und Klima!“ und sogar Kultur, wie der Deutsche Kulturrat mahnt und fordert, „*dass die Vorgaben zur Nutzung des Investitionspakets so gestaltet werden, dass sie auch den Kulturbereich einbeziehen*“, klar, die Vorgaben zur Nutzung so gestalten.

Darum fragten wir bei der Pressestelle der Bundes-CDU an, ob der Herr Vorsitzende und Bundeskanzler einschätzt, dass auch im Kulturbereich die Umstände sich plötzlich dramatisch geändert haben.

Die kamen wohl nicht dazu, ihn zu fragen, und interpretieren möchten sie ihn nicht, jetzt ist nach der Wahl, da gilt das Gesagte.

Wie der Internetautor Danisch unter Strapazierung der Meinungsfreiheit befindet: „*Es geht nicht darum, die Bundeswehr zu ertüchtigen. Es geht darum, auf die Schnelle und möglichst effektiv ein Land auszuplündern,*

wie man eine Zitrone auspresst, das eh nicht mehr zu verteidigen ist. Die Parteien einigen sich gerade darauf, alles, was an Geld und Substanz aus diesem Land noch herauszuholen ist, noch das letzte Quentchen Kredit und Rentenkasse, zu plündern und als Rüstungsausgabe geldgewaschen an die Parteigenossen zu verteilen und rauszutragen.

jetzt über Verteidigungsanstrengungen nach. Kritik unterhalb der Strafbarkeit ist dann ganz schnell Wehrkraftzersetzung, Spionage und Sabotage.

Was wohl bei der Jenaer CDU gedacht wird?

Wir fragten an: „Da in den zurückliegenden Wahlkämpfen die Wahlkämpfenden am CDU-Wahlkampfstand sich als Anhänger



Es geht nicht darum, das Land zu verteidigen. Es geht darum, wirklich alles auszusaugen und auszuräumen, was noch da ist. Und nur noch eine bis zum Anschlag verschuldete und funktionsunfähige Staatsruine übrig zu lassen.“

Na das können wir nicht glauben.

Das ist eine dieser Komplottfabeln, die sich nach einiger Zeit bewahrheiten, aber wenn diese zutrifft, wird niemand mehr davon erfahren.

Die Leute, die während Corona die Maßnahmen einsetzen wollten, um den Leuten zu zeigen, dass es schlimm ist, denken

von Friedrich Merz bekundeten, bitten wir um die Mitteilung, ob die Jenaer CDU weiterhin Friedrich Merz ihre Zustimmung gibt.“

Eine Loyalitätsbekundung klingt anders, nämlich überhaupt irgendwie, eine Distanzierung allerdings auch. Die haben gar nichts verlauten lassen.

Dabei wäre doch jetzt eine gute Gelegenheit, sich zu korrigieren. Ja wir wussten doch nicht, was wir nicht ahnen konnten, wenn wir das gewusst hätten, dann hätten wir doch ganz anders, aber wir dachten doch und wollten ja.

Dazu ist es natürlich noch zu früh, die machen das, wenn es von der Partei verlangt wird. ●

Doppelt tragischer Intendant des kleinsten staatlichen Theaters

Nach der Bundestagswahl mussten die Kulturschaffenden nicht nur zu der Erkenntnis kommen, dass zu wenig auf sie gehört wird, sie müssen auch fürchten, dass für sie weniger Geld bleibt, wenn die wichtigeren und effektiveren Politikkommissare in der Zivilgesellschaft vermutet werden.

So jedenfalls klang es auf MDR-Kultur, wo auch der Intendant des kleinsten staatlichen Theaters Deutschlands befragt wurde, er war mit dem Wahlergebnis nicht einverstanden, obwohl oder gerade obübel, kleiner Wortwitz, der Direktgewählte auch im Theater-Freundesverein mitwirkt, schwierige komplexe Gemengelage ohne einfache Antworten, wenn man nicht mal gefragt wird.

Der Punkt ist, der Intendant scheint das Wahlergebnis persönlich zu nehmen und schon auch gegen sich auszulegen. Wir fragen ja immer journalistisch nach, statt nur festzuhalten, aha, wieder ein Vorurteil hergestellt. Nein, wir überprüfen es, darum fragten wir bei der Pressestelle des Theaters: „Da der Herr Intendant heute in MDR-Kultur zu hören war, wie er das Wahlergebnis, speziell des Direktabgeordneten,

kritisch einordnete, bitten wir um die ergänzende Mitteilung, ob der Herr Intendant das Wählervotum auch als Ablehnung seiner Theaterpolitik betrachtet und, falls ja, welche Möglichkeiten er stattdessen den Wählern empfehlen würde, gegen ihn zu stimmen.“

Was wir für eine beziehungsweise die relevante Frage halten.

Wieder nur wir.

Geantwortet wurde nicht, die Pressetante ist vielleicht für so was gar nicht zuständig, nur für die Pressetexterei, was wieder für ein neues Stück Vielfalt bestaunt werden kann.



Ist natürlich alles unser voreingestelltes Bild, das indes zu neunzigprozentiger Wahrscheinlichkeit bestätigt würde. Na, zu hundertprozentiger, wie wir uns einbilden. In diesem Falle wäre der Intendant im dramaturgischen Sinne tragisch dran, er hätte ein Ergebnis bewirkt durch das Bemühen, es abzuwenden.

Er ist aber in einem weiteren Sinne eine tragische Figur.

Wenn im akademischen Jena über die Vorzeit der Wende 1989 erzählt wird, erzählt man zum Beispiel über die Initiative, einen Krankenwagen für Nicaragua zusammenzusammeln, was heute kaum mehr nachvollziehbar ist, was daran wendemäßig gewesen sein soll, nämlich, dass überhaupt eine frei organisierte Gruppe sich zusammenfinden konnte und von der Partei geduldet werden musste. Und ein anderer Ausschlaggeber soll ein Clownsspiel gewesen sein, das die Leute durch das Lachen über die DDR in revolutionäre Laune versetzt habe.

Am Krankenwagen war der spätere Intendant nicht beteiligt, aber der eine von dem Clownsduo.

Müsste also jemand sein, der Clownerie erkennt, wenn er sie vorgesetzt bekommt.

Aber eben nicht, wenn er sich in einen von denen verwandelt hat, über die er damals Schabernack trieb. ●

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Mit Moderator und Autor funktioniert der respektvolle Dialog schon mal



Die Veranstaltungen in Schloss Ettersburg, Weimar, nehmen keine staatlichen Gelder, müssen sich daher um überdurchschnittliche Qualität bemühen.

Constantin Schreiber ist den Zuschauern der Tagesschau bekannt als Sprecher, darum sagen wir Ihnen, er ist Sprecher der Tagesschau, das ist der, auf den bei einer Diskussion in der Friedrich-Schiller-Universität vor anderthalb Jahren Aktivstudenten eine als Torte bezeichnete Schleimmasse geworfen haben. Zuvor hatte er ein Buch über den real existierenden Islam geschrieben, er ist also gesichert umstritten, danach hat er entschieden, sich nicht mehr zum Islam zu äußern. Stattdessen hat er ein Buch über Dialog und Debatte geschrieben, er fordert Entschärfung und Abbau von Feindbildern und Ausredenlassen auf beiden Seiten, all das, was gut klingt und funktionieren müsste, wenn alle wollen und mitmachen.

Wie er erzählt, war der Tortenwurf, mit dem er das Buch beginnt, nicht einmal so schrecklich, überrascht gewesen sei er von Reaktionen zunächst der Universität und dann der Kollegen. Die universitäre Reaktion war nach dem Wurf nicht etwa „Das geht jetzt aber doch etwas zu weit an berechtigtem Aktivismus“ an den Werfer, son-

dern „Zu den Vorwürfen gegen Sie kommen wir noch“, als ob nur der Zeitablauf durcheinandergeraten wäre. Nach der Veranstaltung sei er von einer Unifrau hinausgewiesen worden mit dem Ausdruck der Erleichterung, ihn nun loszusein. Die Uni-Leitung war auch nicht überrascht, denn die Aktion war angekündigt.

Kollegen, also Journalisten, die er für Kollegen hält, sagten ihm, darauf habe es er doch angelegt.

Und ihm werde zum Beispiel redaktionell nicht das Thema Meinungsfreiheit zugeteilt, weil er befangen sei, so in der Art.

Den linksgrünen Überhang bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kennt er, ist halt so, es gebe aber auch andere und niemand meine es schlecht.

Ein Taxifahrer habe zu ihm gesagt: Jetzt weiß ich, wo du wohnst.

Ja, Angst haben halt viele, da sei man eben vorsichtig.

Er bietet einen relevanten Erkenntnisgewinn, nämlich immer genau dann, wenn er sagt, das verstehe er nicht, dabei hat er die Erklärungen selbst gegeben, er scheut nur davor zurück, sich und seine Erlebnisse zu verallgemeinern, was ja für ihn spricht. Aber was er unterschätzt, ist, dass er nicht ein paar Schlenker oder

Auswüchse erlebt, sondern die Macht, wie sie sich ihm und dauernd allen anderen ständig zeigt. Das ist der gewollte und erzielte Zustand.

Darum hat es nicht den geringsten Sinn, mit Linksgrünen irgendetwas zu debattieren und sie ausreden zu lassen, wenn sie nur in vorgefassten Formulierungen reden können und nicht in der Lage sind, ihren Quatschmüll wenigstens in eigenen Worten auszudrücken. Dazu ist das Leben zu kurz.

Die Angst ist das Machtinstrument, die Macht gibt sich eine moralische Begründung, darum ist alles eine Frage von Faschismus, der von den Abweichenden droht.

Zufällig am selben Tag geschah die Anfrage der CDU nach den staatlichen Finanzierungen der Förderomas und anderer linksgrüner Schattenstaatsschutzstaffeln, na das Theater von SPD-Klingbeil und den anderen getroffenen metaphorischen Hunden. Angriff auf die Demokratie und versuchtes Mundtotmachen, solches Geschrei.

So viel zu „Jeder kann seine Meinung sagen, muss eben mit Konsequenzen rechnen“, die da bis zur Existenzvernichtung reichen, verglichen mit drohender Entdemokratisierung, wenn nur das Geld für die Meinungshaltung und Haltungsäußerung an das Licht der Öffentlichkeit zu geraten droht.

Auf Tagesschau.de und anderenorts lautete die Meldung „Empörung über Anfrage“. „Empörende Anfrage“ wäre Meinung. „Empörung über Anfrage“ ist Fakt. Der Tagesschausprecher spricht nur, er macht die Nachrichten nicht.

Noch einen Tag später wurde die Einrichtung der Meldestelle für Verschwörungsdenken bekannt.

Verschwörungsdenken.

Da würden wir mal gern erleben, wie er mit denen gleichrangig debattieren würde mit beiderseitigem Respekt und Ausredenlassen. ●

Sonstiger Stoff

Die den Fortschritt ablehnen, haben ihn einfach noch nicht kennengelernt und sind misstrauisch gegenüber denen, die schon wissen, wie er aussehen wird

Vielleicht interessiert Sie nicht, was ein Beitrag von MDR-Kultur über einen soziologischen Vortrag im Dresdner Schauspielhaus zu bieten hatte und was es daran auszusetzen gibt. Da haben Sie recht, es ist nicht interessant. Aber es geht Sie etwas an.

Es ging um die Rede eines soziologieprofessoralen Ostexperten von der Humboldt-Universität, er redet, „warum uns gesellschaftliche Veränderungen schwer fallen“, die für den Beitrag ausgewählten Zitate sind alle so in der Art.

Veränderungsstress, Menschen überfordert vom gesellschaftlichen Wandel, zurückwünschen in eine vermeintlich bessere Vergangenheit, autoritäre Verlockungen, die Demokratie kann ins Autoritäre kippen, Erosion gewohnter Verhältnisse, Hyperdynamisierung, globaler Wettbewerb, kognitive Mobilisierung, Abwehr sich ändernder Weltverhältnisse mit Schuldzuweisungen etwa an Migranten und Beschwörung eines pseudoharmonischen einheitlichen Volkswillens.

Klingt alles ganz danach, dass man das studiert haben muss, um mitdenken zu können.

Es soll einigen Zuhörern zu akademisch gewesen sein, was ein Euphemismus ist für aufgeblasenes Nichts.

Radiomoderator und Beitragsmacher bekunden auch Verwunderung, dass gerade die Sachsen,

die doch 1989 gesellschaftliche Veränderungen angestoßen haben, sich jetzt dagegen so sträuben.

Ansonsten kommt die einzelne Person mit ihrer Meinungsbildung gar nicht vor.



Ja und? Dann hört man das Kulturradio eben nicht, dann geht man eben nicht in den Vortrag, dann studiert man eben nicht bei Humboldt, was kümmert es?

Na, nicht ganz. Das leere Gerede bestätigt die Insassen des grünen linken Milieus, die erzählen sich

gegenseitig, wie fortschreitend sie sind und wie bremsend die Niederer, das nun glauben die bei der Politik und die sagen es den Medien, die es den Konsumenten durchstellen, und das Geld fließt an die Pseudowissenschaft, der zu folgen es gilt, und nie hört jemand von denen etwas anderes. Wenn doch, empfinden sie es als bedrohlich.

Aber wir fragten lieber nach beim Beitragsmacher: „Da sämtliche Zitate aus Umschreibungen, Metaphern und akademisch klingenden Prinzipien, Prämissen und Oberbegriffen bestehen, gestatten wir uns die Nachfrage, ob die Zitate repräsentativ ausgewählt sind oder ob auch wissenschaftlich Nachprüfbares, mithin Konkretes und Verifizierbares/Falsifizierbares im Vortrag zu hören war.“

Ferner baten wir sowohl ihn als auch den Moderator um die Mitteilung, ob ihm schon einmal eine Erklärung dazu angeboten wurde, warum gerade die

Sachsen, die 1989 eine gesellschaftliche Veränderung angestoßen haben, sich jetzt dagegen reserviert verhalten.

Da es keine Metaebene gibt, auf der sich diese Frage in Kategorien und Oberbegriffen beantworten ließe, kam gar keine Antwort. ●

Verheerende Folgen mangelnden Anscheins staatlicher Funktionsfähigkeit

Wenn der Staat mehr Geld durch Schulden zur Verfügung hat, freuen sich alle, die beim Staat sind, denn sie werden jedenfalls nicht mit dem Abbezahlen beschäftigt sein, im für sie schlimmsten Fall gibt es irgendwann nicht mehr so viel Geld mehr, was als Einsparung gilt, wahrscheinlicher als der schlimmste Fall ist indes eine noch höhere Verschuldung, die noch bessere Laune auslöst.

Friedrich Merz löst also auch bei der CDU mehr Freude aus als im Wahlkampf.

Der Herr Ministerpräsident wird aus einem MDR-Gespräch zu der Chance durch mehr Geld zitiert, mit modernen Schulen und Krankenhäusern könne man den Menschen zeigen, dass der Staat funktioniert.

Hierzu baten wir bei der Pressestelle der Thüringer Staatskanzlei um die ergänzende Mitteilung, welchen Zeithorizont der Ministerpräsident ansetzt, bis den Menschen gezeigt wird, dass der Staat funktioniert, und was der Ministerpräsident meint, welcher aktuelle Eindruck bei den Menschen ausgeglichen werden müsse.

Es kann gut sein, dass Schüler wegen Verletzungen, die sie in der modernen Schule erleiden mussten, ins moderne Krankenhaus müssen, dann sehen sie gleich mal den funktionierenden Staat und können den politisch Verantwortlichen schon mal keine Vorwürfe machen, sie wären durch sie zu Opfern von Staatsversagen geworden.

Nun erwarten wir nicht, dass die Pressesprecherei antwortet: Ach der, der Ministerpräsident, der plappert doch nur, was er zum Plagiierten vorgegeben kriegt, der hat gar keine eigene Meinung, und wenn, unterflöge sie jeglichen geistigen Radar, glauben Sie uns, das wollen Sie gar nicht hören.

Wir hätten aber schon gedacht, irgendwas werden sie antworten, es soll doch nicht denen in die Hände gespielt werden, die unsere

Demokratie angreifen, indem sie die staatliche Funktionsfähigkeit leugnen und damit Misstrauen und Spaltung säen.

Die hätten schon sagen können, das tritt nach unserer Kenntnis sofort inkraft, weil der Staat schon die ganze Zeit funktioniert und dieser Zustand auf hohem Ni-

veau erhalten bleibt, außerdem ist Vielfalt unsere Stärke, es wird nur nicht immer in den Krankenhäusern ausreichend erklärt.

Dann hätten wir Ihnen das so durchgegeben, und Sie wären beruhigt gewesen oder wenigstens ruhiggestellt. Dafür war wohl noch kein Geld da. ●



Jenaer Impressionen

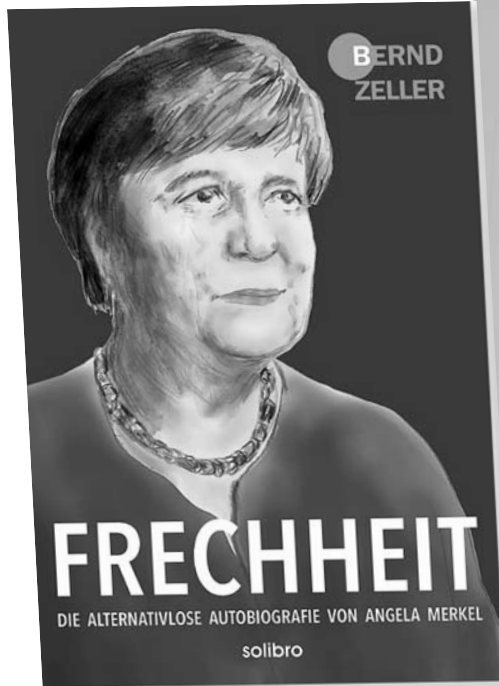


Bücher, die Sie brauchen



Lassen Sie sich malen!

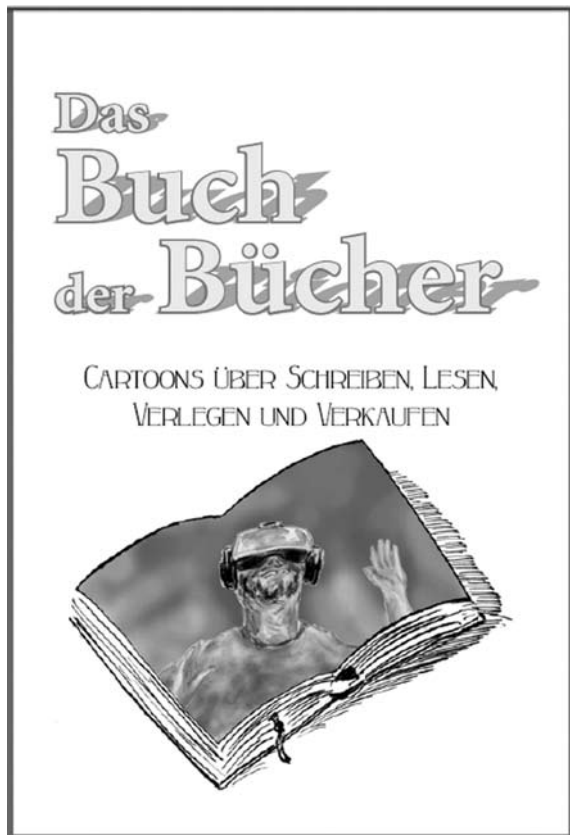
0175-240 61 81



www.solibro.de



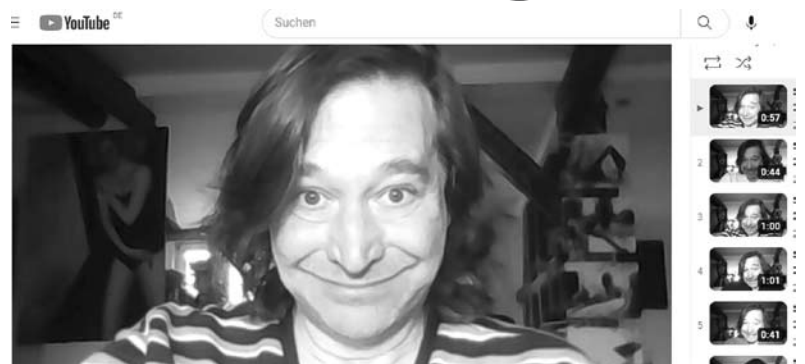
www.buchhaus-loschwitz.de



Kostenloses Gratis-PDF für 0,- Euro ohne Bezahlschranke zum Umsonst-Herunterladen auf www.zellerzeitung.de unten bei den Klassikern



Müssen Sie gucken



Senior-Influencer

Auf youtube oder www.zellerzeitung.de



Wissenschaftliches Institut für die Erforschung des Arbeitskräftemangels geht an den Start



Dem Nichtwissen um Ursachen des Arbeitskräftemangels geht es an den Kragen. Zum Start in den Auftakt kommen bekannte Gesichter zum Einsatz. „Sicher ist bislang nur, dass Klima, Geschlecht und Kapitalismus eine entscheidende Rolle spielen und dass Mannigfaltigkeit immer als treibende Kraft in die Lösung mitgedacht werden muss“, heißt es in der Mitteilung.

Was wir im Rückblick nicht gewusst haben können werden, können wir noch gar nicht wissen



Studie mit Ergebnis: Wenn Wahlprogramme zu unterschiedlich sind, überfordern sie die Wähler

Sollen sich Wahlprogramme unterscheiden? Ja, aber nicht zu sehr. Zu diesem Befund kommt eine Studie. „Wähler sind ratlos, wenn sie glauben, es könnte auch etwas völlig Anderes gewählt werden“, heißt es darin.



Wo Politik von Menschen gemacht wird, kommt es immer wieder zu Situationen, in denen festgestellt werden muss, dass die Lage falsch eingeschätzt worden war, weil wir es nicht besser wissen konnten. Das bedeutet nicht, dass jetzt wieder der Fall sein kann, dass wir aus Mangel an besserem Wissen Fehleinschätzungen begehen, schon gar nicht haben diejenigen recht, die glauben, rechtgehabt zu haben. Dass man es nicht besser wissen konnte, lässt sich erst im Rückblick feststellen, und den hat nun mal noch niemand.

Kundgebungen und Straßenblockaden: Letzte Generation fordert Aufnahme von noch mehr Schulden

Vorherige Generationen hatten die Welt nur von uns geliehen, aber nun kommt nichts mehr. Mit dieser Begründung fordert die Letzte Generation mehr staatliche Schulden, um die Klimakatastrophe sozial gerecht abzufedern. Mit Straßenblockaden wird gerechnet, die Polizei kündigte tatkräftige Unterstützung an. „Wir wollen ja auch mehr Geld, wer nicht“, so ein Polizeisprecher auf Anweisung des Innenministeriums.

